

250 DM mtl. Kein Risiko. Schwach strahlendes Material in Fässern. Suchen Lagerungsort.

Atommüllfässer sollten verschwinden, ...und etliche erklärten sich bereit, dabei zu helfen – Ein Projekt gegen die Endlagerung des Bewußtseins

Das folgende Unterrichtsprojekt, das im Sommersemester 1988 am Bielefelder Oberstufen-Kolleg der Universität Bielefeld durchgeführt wurde, ist in vielerlei Hinsicht spannend und aussagereich. Es zeigt die Grenzen schulischen Lernens auf, wie sie sich aus administrativer Sicht von Schulbehörden, aber auch unter den Argusaugen konservativ ausgerichteter Bildungspolitikern und Journalisten stellen. Politischer Druck und disziplinarische Folgen für die Schule scheinen dann fast unausweichlich zu sein.

Als wir die folgende Annonce in einer Bielefelder Tageszeitung (der »Neuen Westfälischen«) – allerdings erst nach Vorabinformation der Ziele und des Zwecks der Untersuchung – untergebracht hatten, ahnten wir nicht, welche Reaktionen der Bielefelder Bevölkerung und regionalen Behörden/Institutionen auf diesen fiktiven Atommüllentsorgungsplan ausgelöst wurden:

»250 DM mtl. Kein Risiko. Schwach strahlendes Material in Fässern (gesundheitlich völlig unbedenklich). Suchen Lagerungsort. Einzelabnahme möglich. Geschäftsz. nur Di – Do, 9 – 12 Uhr. Tel. 106 28 51.«

Wie es zum Gesamtprojekt »Aktion – Reaktion« kam

Wie kam es zu dieser Aktion, und was wollten wir ursprünglich erreichen? Hier zunächst ein Überblick über das Projekt, in das diese Aktion eingebettet war:

In einem Ergänzungsunterrichtskurs¹ zum Thema »Irresein in Natur, Gesellschaft und Wissenschaft« bearbeiteten wir u.a. die anscheinend immer gültige und nicht gelöste Streitfrage, was Normalität bedeutet und wie es dazu kommt, daß im Dienste der Normalität die größten Verbrechen begangen werden.

Ergebnis der Diskussion: Den meisten Lernenden wird die menschliche Destruktion, Gleichgültigkeit und Verantwortungslosigkeit gegenüber Menschen, Tieren und der Natur vorwiegend als »normal« hingestellt. Gleichzeitig wird die gesellschaftlich und wissenschaftliche diagnostizierte A-Normalität gebrandmarkt, um dann Menschen in psychiatrischen Anstalten getrennt von der Gesellschaft unterzubringen.

Es tauchte die Frage auf: Ist nun der Mensch

eigentlich normal, der alle Probleme schluckt, verdrängt oder scheinbar »ruhig« löst? Oder ist es der Mensch, der als Reaktion auf unangenehme Alltagsbelastungen mit einer Neurose (Angst, Depression) oder Psychose reagiert und damit anzeigt, den »Wahnsinn« der Normalität nicht mehr mitzumachen?

Die Sympathie der KollegiatInnen gehörte zweifellos den Menschen, die durch krankmachende Umstände (Arbeitsbelastungen, Stress, gesellschaftliche Vergeudung von Arbeitskraft, Umweltzerstörung, Krieg, Folter) gezwungen werden, ein Zeichen zu setzen und darauf mit einem Krankheitssymptom zu reagieren. Sie entziehen sich zum Teil diesen persönlichkeitszerstörenden Faktoren und schaffen sich ihren Freiraum – im Gegensatz zu vielen Menschen, deren Abwehrmechanismen so lange funktionieren, bis auch hier ein Zusammenbruch nahen kann.

Doch ist das die Alternative? Ist es nicht wichtiger, sich zu wehren und ein wesentliches Stück Menschlichkeit zu gewinnen?

Erkenntnisfragen entstanden: Wie können wir uns selber helfen, unsere Grenzen zu erkennen und zu überschreiten? Wie können wir anderen helfen, ebenfalls ein Stück Bewußtsein von der Notwendigkeit und Richtigkeit des

Widerstandes gegen Gleichgültigkeit und Verantwortungslosigkeit zu gewinnen?

Es tauchte die Idee auf zu testen, was passieren würde, wenn die offizielle Normalität durchbrochen und dem Menschen ein Spiegel vorgehalten wird, der zeigt, wozu Menschen fähig sind.

Entdeckungsphase des Projekts² »Aktion-Reaktion«

Der »alltägliche Wahnsinn« hat selten eine feste Gestalt. Wir nehmen ihn kaum wahr. Er lebt getarnt im Klima des gewöhnlichen Alltags. Wir sind ihm mit mehr oder weniger Murren verpflichtet. Unsere Fähigkeit, die Destruktion und Widersinnigkeit jeden Tag zu ertragen – Hunderte von Milliarden Dollar werden für die Rüstung ausgegeben und gleichzeitig sterben 40000 Kinder täglich an Unterernährung (Auskunft UNICEF) –, ist eines der wesentlichen Merkmale unseres Verhaltens.

Wir sind anpassungsfähig bis zur Selbstaufgabe. Aber gerade für den pädagogischen Prozeß in Bildungseinrichtungen ist es wichtig, sich die Frage zu stellen und zu beantworten: wie können wir dem Teufelskreis enttrinnen? Für den Einzelnen stellt sich somit immer die Frage nach Widerstand und Anpassung in allen

Das angebliche Atommüllfaß ...



Fragen des Lebens in einer bürgerlichen Gesellschaft.

Welchen Widerstand können wir als Mitglieder einer Gesellschaft, als SchülerInnen und als Lehrende, die nur begrenzt Einflußmöglichkeiten haben, gegen den alltäglichen Wahnsinn leisten? Was erleben wir, wenn wir aus dem konformen Alltag ausbrechen, anderen einen Spiegel vorhalten, »Schläge« einstecken müssen, uns nicht konform verhalten, sondern aufklärerisch?

Für unser individuelles Tun und Denken kommt noch ein Aspekt hinzu, der uns selber an unseren Grenzen packt. Uns ist nicht immer sofort klar, wie und warum wir so denken und handeln, wie wir es in bestimmten Situationen tun. Wir halten sehr vieles an unserem Verhalten für selbstverständlich, ohne daß wir uns über den Ursprung dieser Selbstverständlichkeiten Rechenschaft ablegen.

Nach dieser »Entdeckungsphase« entwickelten wir zum Schluß eine Reihe von Fragen: Welche Möglichkeiten als Lernende in einem Unterricht haben wir, gegen soziale Normen, gegen Tabus und gegen eine konform wirkende öffentliche Meinung zu verstoßen und uns im sozialpsychologischen Sinne unangepaßt zu verhalten?

Wie reagiert die Umwelt auf unser nicht genehmigtes, nicht angemessenes Verhalten? Welche Emotionen und Folgen werden für alle Betroffenen spürbar?

Was passiert dabei mit uns? Welche Einstellung gewinnen wir zur Umwelt? Was wird uns aus unseren Beziehungen in Elternhaus und Schule bewußt? Welche Sanktionen erfahren?

Wie können wir die Reaktionen methodisch registrieren und verwerten?

Welche Möglichkeiten der Einstellungs- und Wahrnehmungsveränderung haben wir selber und können wir entwickeln, um soziale Normen zu verändern? Gegen wen richtet sich dann unsere Aktivität? Verändern wir uns durch die Grenzüberschreitung? Erleben wir das bisherige Verhalten als einengend oder nicht und können wir jetzt anders denken und handeln?

Die Ideen zum Gesamtprojekt

Wir sammelten eine Fülle von Vorschlägen, die diese Fragen klären helfen sollten. Insgesamt wurden 39 Ideen/Vorschläge erarbeitet. Wir haben sie vier Themenkomplexen zugeordnet:

○ Nähe und Distanz: Ziel dieser Aktionen sollte es sein, Reaktionen auf »Nähe« zu untersuchen, z.B. in der Fußgängerzone von Bielefeld auf gegenseitiges »Anmachen« von den



Geschlechtern mit verschiedenen Verhaltensweisen (kokettierend, erotisch, offensiv, defensiv mit Sprache, mit Blicken etc.). Methodisch sollten Reaktionen der Personen im Umfeld mit Videokamera aufgenommen werden. Eine andere Aktion: Es wurden »echte« Versuchspersonen in einem Wartezimmer beobachtet, die durch zwei instruierte Versuchspersonen mit Emotionen (Liebe, Aggression oder Angst) konfrontiert wurden.

○ Hilfestellung: Aus einer Parterrewohnung in der Innenstadt sollten mit Hilfe einer Tonbandkassette Geräusche einer Tiermißhandlung und Kindesmißhandlung auf eine belebte Straße schallen. Die PassantInnen sollten anschließend ausführlich zu Tier- und Kindesmißhandlungen interviewt werden und mit den Videoaufnahmen, die ihr reales Verhalten zeigten, konfrontiert werden.

○ Themen, die in Anspielung an die Sendung »Vorsicht Kamera« entwickelt werden sollten, z.B. im Theater auf der Bühne mitspielen; im Sex-Shop Männer durch Frauen anmachen.

○ Gesellschaftliche Probleme wie z.B. die *Atomüllentsorgung. Über dieses Teilprojekt möchte ich im folgenden berichten.*

Wie entstand das Konzept zur Atomüllfaß-Aktion?

Während des »Fässer-Skandals« der Firma Nukem in Hanau (April 1988) war das öffentliche Bewußtsein für die Probleme der Entsorgung von Abfällen der Atomkraftwerke gestiegen. Der Öffentlichkeit wurde klar, daß täglich Müllfässer auf LKWs durch unsere Städte gefahren werden, die den Atomüll von einer Seite zur anderen transportieren.

Dieser Skandal hatte zumindestens für eine begrenzte Zeit der Öffentlichkeit deutlich gemacht, daß das Problem der Entsorgung des Atomülls noch lange nicht gelöst ist. Die Werbefachleute versuchten zwar mit Hinweisen auf »Endablagerung in Salzformationen« und auf Transporte in andere Länder die öffentliche Meinung zu beruhigen. Aber sie nahmen nicht zur

... auf dem Weg ...

Kenntnis, daß die geologischen Eigenschaften der Salzstöcke von den Gutachtern ganz widersprüchlich beurteilt werden

Die Fässer von Hanau wurden hin und her geschoben, weil niemand wußte, wo das Gift nun unterzubringen war. Kein Experte konnte auf die Frage eine ausreichende Antwort geben, wo der radioaktive Abfall gelagert werden kann. Wir hatten den Eindruck, daß alle wieder zur Tagesordnung übergegangen waren, keiner regte sich mehr auf – bis zum nächsten Skandal?

Dieses Thema schien uns sehr geeignet zu prüfen, wie weit Menschen gehen, wenn ihnen Atomüllfässer zur Endlagerung gegen ein hohes Entgelt angeboten werden. Ist das allgemeine Bewußtsein so sensibilisiert, daß dies als ein »Skandal« aufgefaßt wird? Oder finden sich Menschen, die, in Unkenntnis der Gefährlichkeit des Materials, die Gesundheit anderer Menschen riskieren würden, nur um Geld zu verdienen?

Die Kursgruppe leitete die notwendigen Schritte für das Projekt ein. Der Aufwand zur Vorbereitung war sehr groß. Folgende Arbeiten waren zu erledigen:

● Aufgeben von Annoncen in den wichtigsten Zeitungen (»Neue Westfälische«, »Westfalenblatt«, »Heisser Draht«): Die Samstagsausgaben der Zeitungen brachten diese Annonce nicht, obwohl sie ohne Schwierigkeiten angenommen worden waren. Nur der »Heisse Draht« gab an, erstmal Rücksprache mit dem Geschäftsführer zu halten, und brachte dann die Anzeige nicht. Mit den Anzeigen sollten Leute gefunden werden, die bereit waren, sich um die Endlagerung des angeblichen Atomülls zu kümmern.

Nach entsprechenden notwendigen Nachfragen in den Zeitungen erfuhren wir von einem Redakteur des »Westfalenblatts«, daß diese Anzeige als »grober Unfug« beurteilt und gestrichen worden war. Auch als wir unser Projekt offenlegten, wurde die Anzeige nicht gebracht. Nur die »Neue Westfälische« erklärte sich bereit, diese Anzeige zu übernehmen.

● Herstellung von Handzetteln und Verteilen in spezifischen Bereichen Bielefelds, wo relativ viel Privateigentümer residieren. Mit den Handzetteln sollten Interessenten für den Abtransport der angeblichen Atomüllfässer gefunden werden.

● Herstellung von Identitätskarten für die Firma »Nuclear Rent«.

- Organisierung eines Firmen-Bullis, Anbringen eines Firmenschildes »Nuclear Rent«, Besorgen von Schutzanzügen. Dies war ein weiterer Teil des Projekts, der dann so gestaltet werden sollte:

- Organisierung von Fässern; zunächst bei den »Grünen« und bei »Greenpeace«; leider Fehlanzeige, bis uns die Idee kam, auf dem Schrottplatz zu suchen.

- Fahrt mit dem Faß (Radioaktivitätszeichen aufgemalt) durch Bielefeld zur Uni mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

- Vorrichtung für eine versteckte Kamera bauen.

- Inhaltliche Information des »Nuclear Rent«-Teams (das aus KollegiatInnen bestand) über die Hintergründe der Atommüllentsorgung.

Ein Faß wurde durch die Stadt transportiert

Das Experiment war eine »Anzeige«, und wir prüften unter relativ kontrollierten Bedingungen die Reaktionen der Bevölkerung. Die Bevölkerung blieb aber auch weiterhin Subjekt ihres Handelns und wurde nicht zum Objekt degradiert. Wir wollten ja gerade die verschiedenen Reaktionsweisen prüfen und auswerten. Gehen Menschen zur Polizei, sind sie gleichgültig? Melden sie sich und zeigen Interesse an den Fässern? Oder?

Bei der Annonce und bei den verteilten Handzetteln (mit ähnlich lautendem Text) wurde sorgfältig darauf geachtet, daß Wortwahl und Inhalt überzeugend und realitätsangemessen waren. So verwendeten wir ausdrücklich Wendungen, die die Atomindustrie bzw. die Bundesregierung zu dieser Thematik benutzen.

Wir besuchten die Müllverbrennungsanlage in Heepen, den Schrottplatz, das Stadtreinigungsamt und diejenigen, die diese Fässer mieten wollten.

Unsere Aktionen brachten mehrerlei:

- Als wir das Faß mit »radioaktivem Material« durch die Innenstadt (per Bus und Straßenbahn) transportierten und vor die Müllverbrennungsanlage und vor Schrottplätze brachten, reagierte ein großer Teil der Menschen eher gleichgültig; er kannte das Radioaktivitätszeichen nicht und reagierte eher gleichgültig. Nur wenige erkundigten sich nach dem

Inhalt und der Verwendung. Die Gespräche mit den KollegiatInnen veranlaßte diese wenigen, intensiv über diese Demonstration nachzudenken und Schlußfolgerungen anzustellen, wie noch mehr Wissen über Radioaktivität in der Bevölkerung verbreitet werden könnte.

Es gab auch teilweise komische Situationen: Z.B. verlangten Busschaffner nach längeren Diskussionen und Aufhalten 1.80 DM Transportgebühr für das Faß, das verschiedentlich von älteren Menschen als Ablageplatz für Einkaufstüten benutzt wurde. Anlässe freilich, die uns veranlaßten, nicht nur in Heiterkeit zu geraten, sondern auch nachdenklicher zu werden.

- Auf die Zeitungsanzeige und die verteilten Handzettel erhielten wir in den ersten beiden Tagen 40 Anrufe. Am zweiten Tag legten wir die Aktion in der »Neuen Westfälische« offen. Danach meldete sich niemand mehr.

Die Anrufe wurden von uns in folgende Kategorien eingeteilt: Bürger, die Interesse an der Miete der Fässer angaben: zwölf Anrufe; nachforschende, an Aufklärung interessierte Mitbürger: neun Anrufe; Behörden der Stadt: sieben Anrufe; erregte Bürger aus einer kritischen Atomhaltung heraus: fünf Anrufe; Zeitungen: vier Anrufe; erregte MitbürgerInnen aus einer Haltung heraus, keinen Aufruhr zu machen, Bevölkerung eher zu beruhigen: zwei Anrufe.

Die Reaktionen sowohl in der Presse als auch in der Öffentlichkeit waren überwältigend:

- Schuladministration: Die Schulaufsicht (das Kultusministerium in Düsseldorf und die Schulbehörde in Münster) meldete sich, um die Kollegleitung zu den Hintergründen des Projekts zu befragen. Der Rektor der Universität Bielefeld (in die das Oberstufen-Kolleg eingegliedert ist) kritisierte das Projekt öffentlich und bat um ein Gespräch mit Oberstufen-Kolleg-Leitung und Kursleiter.

- Publizistische Öffentlichkeit: Das »Westfalenblatt«, das schon die Anzeige nicht gedruckt hatte, äußerte erhebliche Bedenken zum Projekt und forderte Konsequenzen gegenüber Schule und Kursleiter. Das »Stadtblatt« (eine alternative Wochenzeitung für Bielefeld und Umgebung) berichtete mit Sympathie über Projekt und Reaktionen. Die »Neue Westfälische« berichtete sachlich zu allen Punkten. »Bild« veröffentlichte einen überregionalen Artikel und bat um Interviews und Teilnahme an den Gesprächen mit den InteressentInnen der zu mietenden Fässer.

- Behörden: Die Staatsanwaltschaft ermittelte

gegen den Kursleiter. Die Umweltschutzbehörde der Polizei schaltete sich mit Ermittlungen und Anhörungen ein. Das Gewerbeaufsichtsamt und die Wasserschutzbehörde der Stadt Bielefeld begannen Recherchen und Befragungen. Die Polizei »verbot« schließlich alle von uns durchgeführten Projekte, u.a. das Projekt Kindesmißhandlung und Tiermißhandlung.

Die Macht der Presse als nahezu unerträglich empfunden

Zunächst herrschten die Anrufe vor, die Nachforschungen anstellten, ob es sich wirklich um radioaktives Material handelte. Wir werteten dies als Beleg für ein erhöhtes Umweltbewußtsein in der Bielefelder Bevölkerung. Die Behörden (Gewerbeaufsichtsamt, Wasserschutzamt, Umweltschutzabteilung der Polizei etc.) reagierten umgehend, ebenso Menschen, die selber die Initiative ergriffen, um mehr über diese »Firma Nuclear Rent« herauszubekommen. Damit war eine größere Sensibilität für dieses Thema sichtbar geworden. Die Zusammenarbeit der Behörden funktionierte aus ihrer Sicht gut.

Das Interesse an den Fässern resultierte im wesentlichen aus existenziellen Motiven. Das Geld lockte in Fällen, wo es in den Augen der Interessenten benötigt wurde. Studenten, Hauseigentümer und Geschäftsleute suchten eindeutig ein lukratives Einkommen für ihren Privathaushalt. Sie selbst und andere einer Gefahr auszusetzen, hing immer mit einem naiven Glauben an die Wissenschaft und die öffentlichen Medien zusammen.

Wir erfuhren, insbesondere der Kursleiter, sehr viele Sanktionen und Androhung von Sanktionen, die aber solidarisch durchgestanden wurden. Gerade die politisch engagierten Gruppen (z.B. Basisgruppen, die in der Anti-AKW-Bewegung auftreten) waren sehr angetan von dieser Aktion, die in kurzer Zeit eine Publizität erhielt, die ihre eigenen Aktionen (z.B. Stellwände) kaum bekamen.

Auch viele Bürger Bielefelds, die KollegiatInnen des Oberstufen-Kollegs, Studentinnen der Universität Bielefeld, der Lehrkörper waren davon überrascht, daß Menschen bereit sind, sich auf Gefahren dieser Art einzulassen – sei es aus mangelnden Kenntnissen oder aus angeblichen existenziellen Notwendigkeiten heraus.

Eine Gruppe von KollegiatInnen besuchte die Menschen, die die Fässer wegschaffen wollten. Die Besucher betonten, sie hätten große Schwierigkeiten gehabt, ihnen die Wahrheit zu eröffnen, weil sie persönliche Grenzen überschreiten mußten. So wollte z.B. ein Interessent



... durch die Öffentlichkeit, die kaum Notiz nahm. Fotos (3): Hans Hermesen

den Transport der Fässer aus finanziellen Gründen übernehmen. Es fiel den Kollegiatinnen schwer, seine Hoffnung auf Geld zu zerstören und ihm die Gefährlichkeit seines Handelns deutlich zu machen.

Viele Kollegiatinnen fanden die Macht der Presse fast unerträglich. Sie gab eben nicht nur Informationen korrekt wieder, die wir in einer Pressekonferenz bzw. in Interviews und Materialien verbreitet hatten, sondern sie machte gezielt Stimmung, verfälschte Informationen und initiierte eine Kampagne gegen das Oberstufen-Kolleg und den Kursleiter »Bild« wollte seine eigene »Suppe kochen«. Und der »Stern« forderte die Originalrechte der Interviews. Geld stand nicht nur bei der Müllentsorgung im Mittelpunkt, sondern auch beim Verkauf der Ware Information.

Die meisten KollegiatInnen spürten den Druck der Umwelt. Allen war klar, daß diese Aktion richtig und notwendig war, um Gleichgültigkeit und Verantwortungslosigkeit bewußt anzugehen. Insofern standen alle auch trotz des Drucks zum Projekt.

Didaktig(er): Die KollegiatInnen sollten lernen...

Das Unterrichts-Projekt war von Anfang an so angelegt, daß die Einbeziehung des Umfeldes der Schule, ja, sogar der ganzen Region, Ziel und Angelpunkt waren. Wir wollten die Schule verlassen, um unser politisches Anliegen in die Bielefelder Öffentlichkeit zu tragen und mit den Ergebnissen auch »bewußtseinsweiternd« zu wirken.

Die KollegiatInnen sollten mit Unterstützung des Kursleiters »Lernen« zu einem gesellschaftlichen Projekt machen. Im Vordergrund dabei stand die Vorbereitung der KollegiatInnen auf vorhandene gesellschaftliche Schlüsselprobleme, an deren Lösung und politischen Kämpfen sie eben auch teilnehmen müssen. Das inhaltliche Konzept des »regionalen Lernens« – aktiv in die Wirklichkeit einzugreifen und sie zu verändern – wirkt dabei auf die Unterrichtssituation zurück und verändert sie (vgl. Huth 1991).

Bündnis zwischen Lernenden und Lehrenden

Nachdem die Vorbereitungen abgeschlossen waren, die ersten Reaktionen erfolgten, wurde deutlich, daß jede/r KollegiatIn mit eigenen Fähigkeiten zum gemeinsamen Projekt etwas beitragen konnte: die künstlerisch orientierten KollegiatInnen in der Entwicklung von Schablonen für die Fässer und Identitätskarten, die mathematisch orientierten/geneigten KollegiatInnen in der Benutzung des Computers, die

Naturwissenschaftler in der Darstellung der Gründe der Gefährlichkeit des Atoms etc.

Alle, die nun Kenntnisse auf diesen Gebieten hatten, waren sehr gefragt und mußten Sitzungen gestalten, um auf die vielen Fragen der anderen Kursteilnehmerinnen zu antworten bzw. um Aktivitäten zu organisieren. Zwangsläufig wurde die Trennung von Lehrer- und Schülerposition aufgehoben.

Zudem mußten die KollegiatInnen selbstständig an die Unterrichtsphasen herangehen, gemeinsam entscheiden, planen, Fehler korrigieren, da die vielen Aktivitäten außerhalb der Schule es unmöglich machten, allein lehrerorientiert vorzugehen. Jedem/jeder wurde die eigene Verantwortlichkeit deutlich, und auch, daß man für Fehler einzustehen hat: So hatte ein am Faßtransport interessierter Spediteur eine Klage angekündigt, da er von den KollegiatInnen nicht aufgeklärt worden war.

Es zeigte sich für alle sehr bald, daß die Machtstrukturen im Verhältnis von Lehrenden und Lernenden nicht allein bestehen, sondern der Lehrende selber in der Hierarchie der Macht bestimmten Mechanismen der Dienstaufsicht/Kontrolle unterliegt. Die Staatsanwaltschaft ermittelte, die Öffentlichkeit war geteilt in Befürwortung und Ablehnung des Projekts, und die Schulaufsicht und wissenschaftliche Aufsicht des Hausherrn (hier: »Rektor der Uni«) meldeten sich mit Fragen und Anklagen zu Wort. Diese Phase konnte nur durch das gemeinsame solidarische Handeln von Lehrenden und Lernenden und auch durch die Solidarität der anderen Lehrenden und der Kollegleitung überstanden werden.

Die Neugier wächst

KollegiatInnen entdeckten in den vielen aufgeworfenen Fragen zunehmend Lücken in ihrem Wissen. Es entstand die Bereitschaft, sich mit zum Teil abstrakten wissenschaftlichen Fragen der Atomphysik auseinanderzusetzen und später Kurse besuchen zu wollen. Alle spürten, daß Wissen immer praktisch ist, nur der Zugang dazu erst eröffnet werden muß.

Besonders interessant war, daß in diesem Kurs keinerlei Lern-Widerstandsformen, d.h. Störungen des pädagogischen Prozesses wie Fernbleiben, Motivationslosigkeit, Gleichgültigkeit beobachtet wurden. Widerstand drückte sich vielmehr darin aus, gegen die Beschränkung der gemeinsamen Handlungsfähigkeit vorzugehen und gesellschaftlich konservative Kräfte wie die Bielefelder Tageszeitung »Westfalenblatt« in die Schranken zu weisen. Diese Widerstandskultur ist eine andere als die, die sich perspektivlos als Spaß am Widerstand

gegen Lernen erschöpft. Die Lernhandlungen der KollegiatInnen zeigten, wie die neuen Unterrichtsstrukturen neue Handlungsmöglichkeiten eröffneten. Fehler, die gemacht wurden, wurden auch gemeinsam kritisiert und bekamen einen anderen Stellenwert. Die eigene Verantwortlichkeit für den gesamten Lern- und Arbeitsprozeß wurde deutlich und dabei auch die eigenen Grenzen des Verhaltens. Der Kursleiter mußte in vielen Fällen selbst Partei ergreifen, Emotionen besänftigen, Auseinandersetzungen in akzeptablen Formen ablaufen lassen.

Unterricht kann nur einen Teil des Lernprozesses darstellen. Die Arbeit in Bürgerinitiativen, Umweltschutzverbänden und Selbsthilfegruppen ist eine ergänzende, bzw. sich selbständig entwickelnde Lern- und Arbeitsform, und schloß sich folgerichtig daran an.

Anmerkungen:

- Der Ergänzungsunterricht am Oberstufen-Kolleg stellt neben den Spezialfächern ein Spektrum fächerübergreifender Kurse dar, die einerseits an allgemeinen Problemen orientiert sind, andererseits den individuellen Interessen und Möglichkeiten der KollegiatInnen entgegenkommen. Mit dieser Unterrichtsart soll durch Wissenschaftspropädeutik der Borniertheit des/r Nur-Spezialisten/Spezialistin vorgebeugt werden.
- Der Gesamtunterricht ist der Projektunterricht am Oberstufen-Kolleg. Er wird am Ende eines Semesters über 3 Wochen lang (1 Woche = 24 Stunden) durchgeführt. Am beschriebenen Projekt nahmen 24 KollegiatInnen (11 Frauen und 13 Männer im Alter von 17-25 Jahren) teil.

Literatur:

- Arbeitsgruppe »Wiederaufarbeitung« (WAA) an der Universität Bremen (1977)**, Atommüll oder der Abschied von einem teuren Traum. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuchverlag
- Haug, Frigga (1982)**, Frauen – Opfer oder Täter? Diskussion. Frauenpolitik Opfer/Täter Diskussion 2. Argument Studienhefte SH 56
- Helmchen, Jürgen (1980)**, Bedeutung von Curricula für die psychosoziale Gesundheit. In: Zimmer, Gerhard (Hg), Persönlichkeitsentwicklung und Gesundheit im Schulalter, S.155-174
- Kappeler, Manfred, Holzkamp, Klaus, Holzkamp-Osterkamp, Ute (1977)**, Psychologische Therapie und politisches Handeln. Frankfurt: Campus Verlag
- Holzkamp, Klaus (1983)**, Grundlegung der Psychologie. Frankfurt: Campus Verlag
- Huth, Manfred (1991)**, Innere Schulreform als methodische Runderneuerung. Kritisches zum Offenen Unterricht und anderen »Heilmitteln«. PÄDEXTRA 10/91, S. 40-42
- Keller, Gustav (1989)**, Das Klagegedicht vom schlechten Schüler. Eine aufschlußreiche Geschichte der Schulprobleme. Heidelberg: Roland Asanger Verlag
- Osterkamp, Ute (1976)**, Motivationsforschung, Bd. 2, Die Besonderheit menschlicher Bedürfnisse – Problematik und Erkenntnisgehalt der Psychoanalyse. Frankfurt: Campus Verlag
- Saum, F. (1986)**, Psychopharmaka bei Kindern. Arznei gegen Zappelerei. Psychologie heute, Heft 3, 10-12
- Zimmer, Gerhard (1980)**, Persönlichkeitsentwicklung und Gesundheit im Schulalter. Gefährdungen und Prävention. Frankfurt: Campus Verlag